

3.3 Gegenwärtige Umwelt- und Klimabewegungen mit Fokus auf Fridays for Future

Nachdem wir uns zuvor mit der historischen Gewachsenheit der bundesdeutschen Umwelt- und Klimabewegung beschäftigt haben, wollen wir uns nun der gegenwärtigen Bewegungslandschaft und ihrer jüngsten Geschichte zuwenden. Ohne Frage hat sich auf diesem Gebiet seit dem Aufkommen der FFF-Bewegung vor (zum Zeitpunkt der Verschriftlichung dieses Kapitels) über fünf Jahren viel getan. Schwerpunktmäßig ist diese Untersuchung im Kontext der FFF-Bewegung lokalisiert¹, daher liegt hierauf im Folgenden auch mein Fokus, andere Organisationen gehen hingegen nur am Rande in die Darstellung ein.² Das vorliegende Kapitel gliedert sich in eine Eingangsbetrachtung der Entstehung, Kernforderungen und medialen Rezeption der Bewegung (Abs. 3.3.1), woran eine Beleuchtung der demographischen Charakteristika und typischer Mobilisierungswege der Bewegten (Abs. 3.3.2) und der Schul- bzw. Klimastreiks als Mittel des Protests (Abs. 3.3.3) sowie eine kurze Chronologie der Bewegungsgeschichte im Rahmen der jüngsten Zeitgeschichte (Abs. 3.3.4) anschließt. Abschließend soll das Augenmerk auf einer Einordnung der FFF-Bewegung in die bestehende Umwelt- und Klimabewegungslandschaft liegen (Abs. 3.3.5).

3.3.1 Fridays for Future: Entstehung, Erfolgsfaktoren und mediale Rezeption aus der Retrospektive

Noch 2013 greift Kössler in seinem Überblicksbeitrag die aus seiner Sicht in aktivistischen und sozialwissenschaftlichen Kreisen virulente, von ihm bejahte Frage auf, ob von einer bundesdeutschen Klimabewegung überhaupt gesprochen werden könne (vgl. Kössler, 2013, S. 185). Heutzutage lässt sich dieser Begriff ohne Zögern verwenden: FFF und mittlerweile auch die LG sind als Phänomene nicht nur kurzzeitig »aufgeflackert«,

1 Auch für die in anderen Organisationen verorteten Aktiven war die FFF-Bewegung, wie sich in ihren Ausführungen zeigt, ein wesentlicher Bezugspunkt.

2 Zu den Organisationszugehörigkeiten des Samples siehe den Anhang.

vielmehr haben sie in den letzten Jahren zu einer Renaissance der grünen Bewegung beigetragen³ (zur Definition »sozialer Bewegungen« siehe Abs. 3.1.2).

Der Anstoß zur Gründung von FFF ging im August 2018 von der damals fünfzehnjährigen Schwedin Greta Thunberg aus, die drei Wochen lang der Schule fernblieb, um vor dem schwedischen Parlament mit einem mit »Skolstrejk för klimatet« beschrifteten Plakat für konsequenten Klimaschutz zu protestieren. Kurz darauf avancierte die junge Greta Thunberg zum Gesicht und zur Identifikationsfigur einer neuen sozialen Bewegung, die am 20. September 2019 (wohl auch im Zuge eines »Hitzesommers«) allein in Deutschland bis zu 1,4 Millionen Demonstrierende mobilisieren konnte und sich aus über 650 Lokalgruppen zusammensetzt (vgl. Boscheinen & Bortfeldt, 2022, S. 17). Dies zeugt von einer beachtlichen Aktionsmobilisierung, mindestens genauso beachtlich fällt die Konsensmobilisierung, d.h. Bewusstseinsbildung bzw. Sensibilisierung für die Problematik, aus. Damit hat FFF auch das Regierungshandeln der letzten Jahre maßgeblich beeinflusst (vgl. Sommer & Haunss, 2020, S. 238ff.). Der rasche Mobilisierungserfolg verdankt sich zum einen der aufsehenerregenden, dennoch mehrheitlich als legitim angesehenen Aktionsform des »Schulstreiks«⁴, der Glaubwürdigkeit von Thunberg als zentraler Botschafterin und dem gelungenen, durch wissenschaftliche Erkenntnisse untermauerten diagnostischen Framing sowie dem systemimmanenten prognostischen Framing (vgl. ebd., 2020, S. 241ff.; Bleh, 2021, S. 262ff.).⁵ Zum anderen wurde der Weg aber auch durch jahrzehntelange klima- und umweltpolitische Sensibilisierungsbemühungen geebnet, wodurch im Vorfeld geeignete Gelegenheitsstrukturen geschaffen worden waren (vgl. Rucht & Rink, 2020, S. 111).⁶

Um FFF ranken sich diverse Annahmen, die teilweise bei genauerem Hinsehen als Mythen zu entlarven sind (vgl. Rucht, 2019a, S. 6f.), etwa, dass sie eine Generation repräsentieren und dass es sich bei der (ursprünglichen) Schüler*innenbewegung um ein historisches Ausnahmephänomen handelt. Medienwirksame Proklamationen wie »Generation Greta« (Hurrelmann & Albrecht, 2020) sind insofern mit einem Fragezeichen zu versehen, als damit nur ein kleiner Teil der nach 2000 geborenen Menschen abge-

-
- 3 Darüber hinaus hat sie die Protestkultur im progressiven Spektrum nachhaltig geprägt: Dafür bezeichnend wurden bei den jüngsten Protestereignissen gegen den Rechtsruck und für die demokratische Grundordnung abgewandelte FFF-Sprechgesänge skandiert.
 - 4 Der Begriff des Streiks ist hier allerdings nur sehr bedingt passend folgt man Rucht und Rink (2020, S. 113): »Die Proteste waren im eigentlichen Sinne keine Schulstreiks; nirgends wurde der Schulbetrieb lahmgelegt. FFF hat zu keinem Zeitpunkt als Streikbewegung funktioniert, dazu war die Beteiligung zu gering.«
 - 5 Dieter Rucht (2019a, S. 6) spitzt das Anziehungspotenzial für die bürgerliche Mitte folgendermaßen zu: »FFF enthält somit ein für die bürgerlich-liberale Öffentlichkeit attraktives Angebot in seiner Mischung aus jugendlicher Frische und Fröhlichkeit, der Heroisierung von Idolen, der frechen Renitenz des Schulstreiks, dem Schauer der Katastrophenrhetorik und der damit kontrastierenden Mäßigung von Forderungen und Aktionsformen.«
 - 6 Etablierte klima- und umweltpolitische Akteure unterstützen FFF außerdem u.a. durch die Bereitstellung ihrer Infrastrukturen (ebd., S. 105f.).

bildet wird.^{7,8} Auch ist FFF als (im Kern) Schüler*innenbewegung kein Unikum: Rucht (2019a, S. 6) nennt als historisches Pendant etwa die im Zusammenhang mit der 1968er-Student*innenbewegung sich formierende Schüler*innen- und Lehrlingsbewegung (für weitere Beispiele siehe Teune, 2020, S. 135f.). Dennoch sind der globale politische Einfluss und die Mobilisierungsstärke für eine derart junge Bewegung wohl singulär (vgl. Rucht, 2019b, S. 8). Der Umstand der Jugend von Thunberg als »gruppenbildende Akteurin« (Bleh, 2021, S. 262) erschwert es auch, so der Schriftsteller Jonathan Safran Foer in einem Interview (Unfried, 2023), ihr Anliegen zu ignorieren: Es gebe einen evolutionär gewachsenen »Drang, zu antworten, wenn ein Kind ruft«.

Die Kernforderung der Bewegung zielt auf die Einhaltung des von einem Großteil der Staaten (darunter auch Deutschland) ratifizierten, im Dezember 2015 verabschiedeten Pariser Klimaabkommens. Damit einher geht die Orientierung am Ziel, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Für Deutschland fordert FFF auf dieser Basis u. a. Klimaneutralität bis 2035, den Kohleausstieg bis 2030, eine vollkommen erneuerbare Energieversorgung bis 2035 und als Sofortmaßnahmen die Beendigung der Subventionierung fossiler Energieträger sowie die Einführung einer angemessenen CO₂-Steuer (hier stützen sie sich auf die Empfehlung des Umweltbundesamts von 180 Euro pro Treibhausgas-Tonne) (Fridays for Future, o.J.).⁹ Diesen Forderungen verlieh das im Jahr 2021 verkündete bahnbrechende Urteil des Verfassungsgerichts zusätzliches Gewicht. Mit dem sich äußerst bescheiden und wenig revolutionär ausnehmenden Drängen auf der Realisierung einer bereits eingegangenen rechtlichen Vereinbarung tritt FFF gewissermaßen in die Fußstapfen der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung (vgl. Flaßpöhler & Freundel, 2020). Sie forcieren damit letztlich die Einlösung des über verschiedene gesellschaftliche Milieus hinweg hochgehaltenen Werts der Integrität und sind auf sachlicher Ebene daher an sich durch politische Eliten kaum angreifbar (vgl. Rucht & Rink, 2020, S. 104).

Als die Protestbewegung im Winter 2018/19 hierzulande erstmals auf der *media len Bildfläche* erschien, wurde sie nichtsdestotrotz rasch zum Gegenstand öffentlicher Kontroversen (vgl. Haunss, Sommer & Fritz, 2020), die zwischen vehementer Ablehnung und begeisterter Fürsprache oszillierten. In denunzierenden Beiträgen wird Bewegungsvertreter*innen und -mitgliedern u. a. ihre Mündigkeit abgesprochen, die Schulstreiks als Protestmittel geraten ins Visier und werden zum Vorwand degradiert, die Schule zu »schwänzen«. Des Weiteren wird FFF zuweilen der Gefährdung des nationalen Wohlstands und der Freiheitsrechte sowie der Katastrophisierung bzw. »Klimahysterie« bezichtigt. Delegitimations- bzw. Entmündigungsversuche beziehen sich

7 Selbst beim mobilisierungstärksten FFF-Protestereignis am 20. September 2019 mit 1,4 Millionen Demonstrierenden (unter denen selbstverständlich auch Ältere waren) war von den deutschlandweit zu diesem Zeitpunkt ca. 9,3 Millionen Schüler*innen an weiterführenden allgemeinen und berufsbildenden Schulen nur eine Minderheit auf den Straßen präsent (vgl. Rucht, 2019b, S. 7).

8 In analoger Weise trifft dies auf andere prägende politisch bestimmte Generationsbezeichnungen wie die »der 68er« zu.

9 Dass das Ziel der CO₂-Neutralität bis zum Jahr 2035 aus technischer und ökonomischer Perspektive prinzipiell umsetzbar wäre, hat eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie gezeigt (Wuppertal Institut, 2020).

auch auf klimaschädliche Handlungen von Bewegungsrepräsentant*innen¹⁰ (z.B. Luisa Neubauers Flugreisen), in ableistischer Weise auf den Autismus von Greta Thunberg und auf die mit der Jugend vermeintlich einhergehende Manipulierbarkeit und fehlende Expertise der Bewegungsmitglieder (man denke an den Twitter-Kommentar von Christian Lindner, Klimaschutz müsse den »Profis« überlassen werden). Auf der anderen Seite wird von Fürsprecher*innen die lange Zeit vermisste Politisierung der Jugend zelebriert. Gerade die Kontroversen zwischen Politiker*innen wie Christian Lindner, Angela Merkel und Peter Altmaier, Lehrer*innen und den FFF-Protestierenden wurden mehrfach medial aufgegriffen (vgl. Goldenbaum & Thompson, 2020 u.a. S. 190). Eine kritische Trennlinie zwischen skeptischen und sympathisierenden Beiträgen verläuft dabei zwischen den konservativen und/oder wirtschaftsliberalen Medien einerseits und jenen aus dem linksliberalen Spektrum andererseits (vgl. Rucht, 2019a, S. 5). Auch in »linken« Zeitungen sowie in den sich weniger klar politisch positionierenden Zeitungen wie »Der Spiegel«¹¹ und »Die Zeit« kommen allerdings bewegungskritische Stimmen zu Wort (Goldenbaum & Thompson, 2020, S. 191). Bemerkenswert ist insgesamt, dass sich die Kritik weniger auf Ziele und Inhalte als vielmehr auf »formale Aspekte« wie das Mittel des Schulstreiks oder auf das private Handeln von Bewegungssprecher*innen richtet (ebd., S. 194f.) – dies lässt sich insbesondere mit der eingangs erwähnten Systemimmanenz und wissenschaftlichen Fundiertheit der Forderungen begründen (vgl. Bleh, 2021, S. 269).

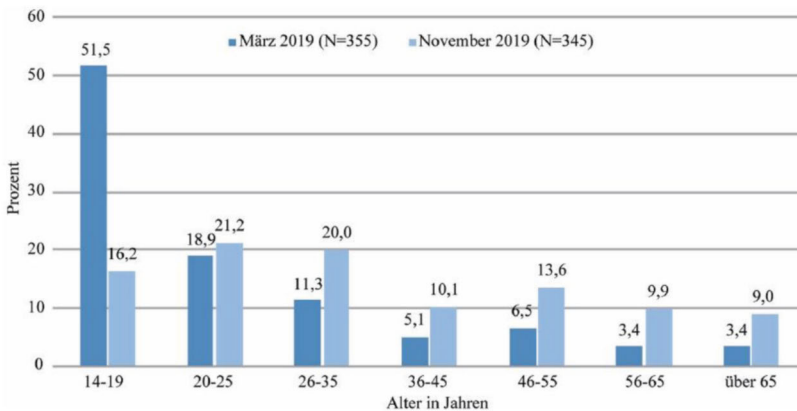
3.3.2 Wer sind die Fridays for Future-Demonstrant*innen und wie wurden sie mobilisiert? – Umfrageergebnisse des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung

Vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) wurden u.a. am 15. März 2019, dem Tag des ersten weltweiten Global Climate Strike for Future, und am 29. November 2019 zum 4. Globalen Klimastreik (dem Tag der Entscheidung des Bundesrats bezüglich des »Klimapakets«) Befragungen in Berlin und Bremen durchgeführt, an denen jeweils 355 und 345 Menschen teilnahmen.¹² Sie sollten über das demographische Profil, die Motivationen und Mobilisierungswege der Demonstrierenden Aufschluss geben – auch im längsschnittlichen Vergleich zwischen den zwei Befragungszeitpunkten (meine summarischen Ausführungen basieren dabei v.a. auf der Darstellung von Sommer, Haunss, Gardner et al., 2020). Ein zentraler Befund ist die Abweichung in der Altersstruktur: Wie man der untenstehenden vergleichenden Auflistung der Prozentanteile

-
- 10 Zu beobachten ist in der Medienberichterstattung ferner eine Tendenz zur »Personalisierung«: Insbesondere Greta Thunberg und im deutschen Kontext u.a. Luisa Neubauer oder Carla Reemtsma stehen hier im Mittelpunkt, was angesichts des basisdemokratischen Anspruchs aufseiten der Mitglieder auch für Kritik sorgte (vgl. Rucht & Rink, 2020, S. 110).
 - 11 Der ja nebenbei bemerkt – wie anderswo aufgezeigt (S. 144) – die Umwelt- und Klimabewegungsgeschichte hierzulande im vergangenen Jahrhundert maßgeblich mitgeschrieben hat.
 - 12 Zwei Stichproben wurden dabei »gezogen«: einmal verbunden mit der Bitte im Anschluss an die Demonstration einen Online-Fragebogen auszufüllen und – um Verzerrungen vorzubeugen – eine Befragung von 10 bis 20 Prozent der auf der Demonstration Angesprochenen an Ort und Stelle.

entnehmen kann, hat sich der Anteil der jüngsten Befragten (14–19 Jahre) bei der zweiten gegenüber der ersten Befragung stark reduziert. Im Mittel waren die Demonstrierenden im März bei der Online-Befragung 25,8 Jahre und bei der Befragung vor Ort 24,4 Jahre alt (Sommer, Haunss, Gardner et al., 2020, S. 25). Damit greift auch eine Etikettierung von FFF als reine Schüler*innenbewegung offensichtlich zu kurz. Der Unterschied zwischen den Befragungszeitpunkten ist im Wesentlichen auf eine Mobilisierungsstrategie zurückzuführen, mit der FFF im Vorfeld der Demonstration am 20. September 2019 alle gesellschaftlichen Gruppen ansprach (u.a. über die Etikettierung als nicht nur Schul-, sondern Klimastreik und über den Hashtag »#AllefürsKlima«) (vgl. ebd., S. 17). Nichtsdestotrotz haben wir es jedoch – auch im Vergleich zu anderen Protestereignissen (wie den G20-Protesten) – mit einer besonders jungen Bewegung zu tun, sodass auch ein gegenüber anderen Protestbewegungen vergleichsweise hoher Anteil angibt, zum ersten Mal eine Demonstration zu besuchen. Zu bedenken ist bezüglich der Altersstruktur zudem, dass Kinder unter 14 Jahren aus rechtlichen Gründen nicht an der Befragung teilnehmen konnten, weshalb die Durchschnittswerte nach unten korrigiert werden müssten.

Abbildung 7: Altersstruktur



Quelle: Sommer, Haunss, Gardner et al. (2020, S. 28)

Über alle vier vom IPB durchgeführten Befragungen hinweg wurde weiterhin ein Frauenanteil von 56 Prozent ermittelt (ebd., S. 25), worin sich auch eine generelle Entwicklung bei Protestereignissen widerspiegelt (gegenüber der früheren überwiegender Männerdominanz) (Andretta & della Porta, 2014, zit.n. ebd., S. 27). Darüber hinaus ist ein relativ hoher Anteil der Demonstrierenden bzw. deren Eltern¹³ dem Bildungsbürgertum zugehörig und nur etwa fünf Prozent ordnen sich im März und November der

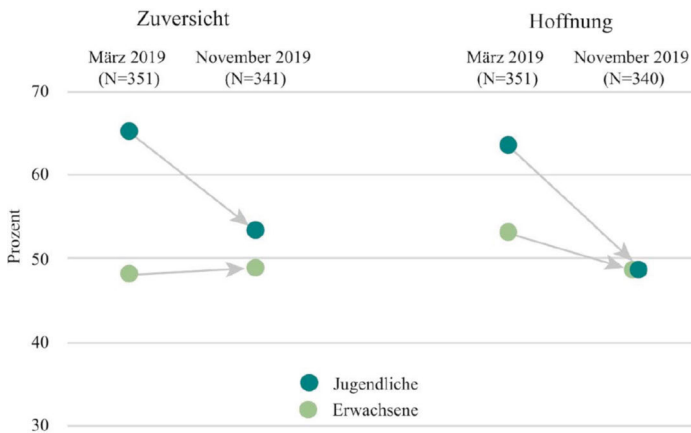
13 So stellen Sommer und Kolleg*innen (2020, S. 30) fest: »Bei 45,8 Prozent der im März befragten Schüler_innen bis 19 Jahre hat die Mutter einen Hochschulabschluss; bei den Vätern sind es sogar knapp 50 Prozent.«

»Arbeiterschicht« zu (ebd., S. 29ff.). Auch sind Menschen mit unmittelbarem Migrationshintergrund (die also selber im Ausland geboren wurden) weniger stark vertreten als im Bevölkerungsdurchschnitt. Das gilt jedoch interessanterweise nicht für die Gruppe derer, bei denen mindestens ein Elternteil (nicht aber sie selber) im Ausland geboren wurde (ebd., S. 31). Was die politische Orientierung der Befragten angeht, zeichnet sich ab, dass ein Großteil (83 Prozent) sich auf einem Spektrum links der Mitte verortet (ebd., S. 57); parteipolitisch gibt eine Mehrheit an, sich mit den Grünen zu identifizieren. Daneben ist jedoch auch ein gewisses Misstrauen gegenüber und eine fehlende Identifikation mit den etablierten politischen Institutionen verbreitet (vgl. Neuber, Kocyba & Gardner, 2020, S. 89). Knapp über die Hälfte der Befragten gaben an, Mitglied einer bürgerschaftlichen Organisation zu sein; der Anteil derer, die einer Umweltorganisation angehören, wuchs dabei im November im Vergleich zum März an (bei den Jugendlichen¹⁴ waren es 13,7 vs. 28,3 Prozent; bei den Erwachsenen 37,5 vs. 51 Prozent) (Sommer, Haunss, Gardner et al., 2020, S. 52f.). Interessant ist mit Blick auf die Wahrnehmung politischer Prozesse und der Klimawandeleindämmung die Verschiebung bei der (gestuften) Zustimmung zu Aussagen im Hinblick auf Zuversicht (»Ich bin zuversichtlich, dass politische Entscheidungen den Klimawandel eindämmen können«) und Hoffnung (»Auch wenn die Dinge düster aussehen, verliere ich nicht die Hoffnung, dass wir den Klimawandel eindämmen können«). Ausgeprägt ist der Unterschied zwischen den Protestzeitpunkten insbesondere bei den befragten Jugendlichen (im Alter von bis zu 25 Jahren), die zu Anfang im Vergleich zu den Erwachsenen öfter angaben, zuversichtlich oder hoffnungsvoll zu sein.¹⁵ Hier zeichnet sich also über die Zeit eine gewisse Ernüchterung ab:

14 Als »Jugendliche« gelten hier Schüler*innen und junge Erwachsene im Alter bis einschließlich 25 Jahren (Sommer, Haunss, Gardner et al., 2020, S. 18).

15 Was Institutionen oder Handlungsmöglichkeiten angeht, in die Hoffnung gesetzt wird, schlussfolgern Sommer und Kolleg*innen (2020, S. 61): »Die Hoffnung, die Bundesregierung oder die ›freie‹ Marktwirtschaft könne zur Lösung der Klimakrise beitragen, ist unter den Demonstrierenden sehr gering. Einen wichtigen ergänzenden Hebel zur Bewältigung der Klimakrise sehen insbesondere die Jugendlichen in der Veränderung der eigenen Lebens- und Konsumpraxis. Allerdings wird dieser Ansatz im November sowohl unter Jugendlichen als auch unter Erwachsenen deutlich skeptischer als noch im März gesehen [...]«.

Abbildung 8: Zustimmung zu den Fragen nach Zuversicht und Hoffnung



Quelle: Sommer, Haunss, Gardner et al. (2020, S. 49)

Mit Blick auf die *Mobilisierungswege* (ebd., S. 38ff.) lässt sich resümieren, dass den Peers bei den Jugendlichen eine wichtigere Rolle zukam als bei den Älteren. Der Anteil derjenigen Jugendlichen, die ohne Begleitung anderer Jugendlicher zu den Demonstrationen erscheint, beläuft sich dazu passend auf (die beiden Protestereignisse zusammengefasst) lediglich fünf Prozent im Vergleich zu 20 Prozent bei den Erwachsenen. Für die Mobilisierung vergleichsweise weniger bedeutsam, wenn auch durchaus einflussreich, ist die Nutzung sozialer Medien. Außerdem spielt Greta Thunberg als Inspirations- und Vorbildfigur für die Protestteilnahme gerade während der Anfangszeit der Bewegung und bei den weiblichen Protestteilnehmerinnen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Angaben der Jugendlichen verdeutlichen also, dass die Identifikation mit Greta beim ersten im Vergleich zum zweiten Befragungszeitpunkt vermehrt Anlass war, sich dem Protest anzuschließen. Es zeichnet sich im November, aber auch bereits im September bei der europaweiten Befragung, ein »deutlich geringere[r] ›Greta-Effekt‹« ab (ebd., S. 42).

3.3.3 Die freitäglichen Schul- bzw. Klimastreiks als Mittel des Protests

Der freitägliche Schul- bzw. Klimastreik als Mittel des Protests ist als Form zivilen Ungehorsams zu qualifizieren, die Greta Thunberg bekanntermaßen wie folgt argumentativ untermauert hat: »Why should I be studying for a future that soon may be no more, when no one is doing anything to save that future?«. ¹⁶ Bei dieser geschichtsträchtigen

16 Dieser Ausspruch findet auch in den von mir geführten Interviews mit Aktivist*innen Wiederhall. So fragt sich die damals sechzehnjährige Sina: »[...] warum soll ich denn (.) ähm (.) jetzt äh, ähm Chemie lernen, wenn ich doch weiß, (.) ich hab keine Zukunft //hm//, in der ich normal Luft einatmen kann //ja// [...]« (Int. 5, S. 9).

Protestform vollzieht sich ein kollektiver Bruch mit gesellschaftlichen Normen zugunsten übergeordneter Interessen bzw. moralischer Prinzipien, wodurch in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und – vorausgesetzt die Legitimität dieser Akte der Widerständigkeit wird anerkannt – Sympathie erzeugt werden kann (vgl. Bleh, 2021, S. 267). Die Ausbalancierung von »appeal and threat«, Anziehung und Bedrohung, weist die Bewegungsforschung dabei als Erfolgskriterium von Protestformen aus (Turner, 1969, zit.n. Rucht & Rink, 2020, S. 103) – dahingehend attestiert Rucht (2019a, S. 6) den FFF-Protesten, dass »die Drohkomponente völlig abwesend« sei. Mag dies auch zutreffen, so hatten die Proteste – wie sich nicht zuletzt an den zahlreichen Auseinandersetzungen um das »Schulschwänzen« gezeigt hat – zweifelsohne Irritationspotenzial. Maßnahmen zivilen Ungehorsams bzw. gezielte Regelverletzungen, wie z.B. die Besetzung des Hambacher Forst oder die Blockaden durch Ende Gelände (mit denen sich viele FFF-Aktivist*innen identifizieren, sodass 2020 gemeinsam geworben wurde mit »Freitag streiken, Samstag blockieren«), waren dabei auch vor den Schulstreiks Bestandteil des Aktionsarsenals der Klimabewegung (vgl. auch Teune, 2020, S. 142ff.). Für die Protestereignisse ist die Strategie »make the experience rewarding and fun« bezeichnend (FFF, 2020, zit.n. ebd., S. 138). Dies entspricht auch meinem bei teilnehmenden Beobachtungen gewonnenen Eindruck: Von der gemeinsam Parolen skandierenden Menge, aus der bunte selbst gebastelte Plakate und Banner mit Aufschriften wie »There is no Planet B« emporragten, ging ein mitreißender energiegeladener und fröhlicher Enthusiasmus aus. Von einer Ritualisierung zeugt dabei die Wiederholung der (über die Zeit nur leicht abgewandelten) Sprechgesänge und des groben Ablaufs (zumindest der Kombination aus Kundgebung und Demonstrationszug) über die Veranstaltungen hinweg.

3.3.4 Eine kurze Chronologie der (unabgeschlossenen) Fridays for Future- und jüngsten Klima-Bewegungsgeschichte

Beim Versuch, eine Chronologie der FFF- und jüngsten Klima-Bewegungsgeschichte zu verfassen, wird unweigerlich die kontingente Natur von Geschichte sichtbar: So dürfte wohl bspw. kaum jemand damit gerechnet haben, dass die Bewegung, die 2019 noch große Mobilisierungserfolge feierte, kurz darauf von einer Pandemie ausgebremst werden würde. Mit dieser Chronologie, die zur Kontextualisierung der Teilnehmendenimaginationen beitragen soll, wird aber natürlich kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Hierbei stütze ich mich u.a. auf die von FFF-Aktiven in einer Rubrik der Webseite der deutschen Organisation regelmäßig veröffentlichten und archivierten Neuigkeiten, aber auch auf Zeitungsberichte und einschlägige Wikipedia-Seiten, z.B. zum Dannenröder Forst oder zu Lützerath.

Im Jahr 2019 konzentrierte sich FFF mit ihren (globalen) Klimastreik-Aktionen insbesondere auf den Kohleausstieg bis 2030 (statt 2038), die Europawahlen, den 25. UN-Klimagipfel in Madrid und das »Klimapaket« der damaligen Bundesregierung, das im September 2019 verabschiedet wurde und in Bewegungskreisen, aber auch bei Klimawis-

senschaftler*innen überwiegend für Enttäuschung und Entrüstung sorgte.¹⁷ Des Weiteren konnte FFF den Beschluss eines früheren Kohleausstiegs im Jahr 2030 als Erfolg verzeichnen, verärgert war man jedoch über die von der Bundesregierung mit Energiekonzernen vereinbarte Kompensationszahlung in Höhe von 4,4 Milliarden Euro. In diesem Zeitraum schlossen sich auch Menschen verschiedener Alters- und Berufsgruppen zusammen und es entstand eine Vielzahl an Untergruppen, etwa die »Scientists for Future«, »Psychologists for Future« und »Parents for Future«.

In eine erzwungene »Reflexionsphase« (Rucht & Rink, 2020, S. 99) trat die noch junge Bewegung mit Beginn der im Zuge der Corona-Pandemie verabschiedeten Kontaktbeschränkungen ein. Rasch wichen man auf digitale Aktionsformen aus, z. B. unter dem Hashtag »#ClimateStrikeOnline«. Die Webinar-Reihe »WirBildenZukunft« wurde initiiert und einzelne Klimastreikereignisse fanden als bundesweite Liveschalte statt. In vielerlei Hinsicht ist diese Phase als Durststrecke für die Bewegung anzusehen, zum einen aufgrund der geschmälernten medialen Aufmerksamkeit durch die »konkurrierende« Corona-Krise, zum anderen aufgrund der erschwerten Ansprache neuer Anhänger*innen über digitale Kanäle (vgl. auch Sommer & Haunss, 2020, S. 246ff.). Im Zeitraum der Corona-Pandemie waren diverse klimakrisenbedingte Extremwetterereignisse im Zentrum der Aufmerksamkeit, z. B. die Buschbrände in Australien Anfang 2020, denen 60 Hektar Land zum Opfer fielen. Ein Brennpunkt der Bewegungsarbeit der letzten Jahre war weiterhin der Protest gegen den Ausbau des Braunkohleabbaus (trotz Kohleausstieg-Vereinbarung), bei dem sich FFF den Initiativen »Ende Gelände« und »Alle Dörfer bleiben« anschloss, auch wenn man sich auf Organisationsebene von den von Ende Gelände forcierten direkten Aktionen zivilen Ungehorsams z. T. abgrenzte (Teune, 2020, S. 142f.). Im Fokus der Aktivitäten waren hier Dörfer im Rheinischen Braunkohlerevier Garzweiler, darunter das 2023 nach langen Kämpfen und trotz grüner Landes- und Bundesregierungsbeteiligung zum Abriss freigegebene Lützerath, aber auch der auf Braunkohlevorräten wachsende Hambacher Forst (»Hambi«). Protestiert wurde bundesweit, aber auch lokal, so wurde im schon seit 2012 immer wieder besetzten Hambacher Forst ein Baumhauscamp errichtet, das 2018 gewaltsam von Polizeieinsatzkräften geräumt wurde – letztlich wurde von einer Abholzung des Waldes jedoch abgesehen (Süddeutsche Zeitung, 2021). Daneben war die geplante, mittlerweile erfolgte Räumung des hessischen Dannenröder Forsts für den Autobahnweiterbau seit 2019 im Fokus (unter dem Motto »Danni bleibt!«). Ein weiterer Schauplatz der Bewegungsarbeit waren neben den lokalen Brandherden und den an vielen Orten regelmäßig stattfindenden Klimastreiks auch die jährlichen UN-Klimakonferenzen, zuletzt im November 2024 in Aserbaidschan, die von den Bewegten überwiegend als Enttäuschung aufgenommen wurden (z. B. Fridays for Future, 2024). Als Meilenstein ging in die jüngste Klimabewegungsgeschichte dagegen das bereits erwähnte Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Mai 2021 ein, wonach das Klimapaket der Bundesregierung nicht mit den Grundrechten vereinbar und somit nachbesserungsbedürftig ist.

17 In einer auf der FFF-Deutschland-Webseite veröffentlichten Bilanz des Jahres 2019 schreibt eine Aktivistin dazu: »Klimaschutzmaßnahmen, die nicht über den Placeboeffekt hinauswirken und zusätzlich auch noch die soziale Ungerechtigkeit verschärfen. Es fühlte sich an wie ein Schlag ins Gesicht.« (Fridays for Future, 2019)

Wie wir im Laufe der letzten Jahre gesehen haben, nahm FFF auch öffentlich zu global einschneidenden Geschehnissen wie der Corona-Pandemie oder dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine Stellung, obwohl diese auf den ersten Blick nicht klimaschutz-relevant anmuten mögen. Bei näherem Hinschauen offenbaren sich hier jedoch klimapolitische Bezüge, die die Bewegten argumentativ freilegen. Ende 2023 erscheint FFF erneut auf der medialen Bildfläche im Zusammenhang mit weltpolitischen Geschehnissen, dem wieder entflammten Nahostkonflikt.¹⁸ Insbesondere die einseitigen, gegenüber Israel wenig empathischen Aussagen von Greta Thunberg gerieten hier in den kritischen Fokus der medialen Öffentlichkeit, aber auch die in dieser Hinsicht sehr problematischen Posts und Likes des internationalen FFF-Accounts, die – wie sich später herausstellte – maßgeblich von einer kleineren Gruppe von Aktivist*innen stammten (vgl. Klein & Ermagan, 2023). Hiervon distanzierte sich die deutsche FFF-Organisation explizit und sprach den israelischen Opfern ihre Anteilnahme aus (vgl. Miebach, 2023).

Mit Blick auf FFF können wir sagen: Die von Rucht und Rink in ihrer Analyse der »Mobilisierungsprozesse« der Bewegung schon ab Herbst 2019 bescheinigte »Veralltäglichsung«, der Verlust an medialer und gesellschaftlicher Aufmerksamkeit, hat sich weiter fortgesetzt (vgl. Rucht & Rink, 2020, S. 112f.). Eine auch als Gegenmittel zur Veralltäglichsung bewegungsintern diskutierte »Radikalisierung der Aktionsformen« im Sinne einer Ausweitung des gewaltfreien zivilen Ungehorsams ist bei FFF ausgeblieben. Damit sorgte zuerst Extinction Rebellion bzw. XR (zu Deutsch: »Rebellion gegen das Aussterben«) ab dem Jahr 2018 und später, gerade in den Jahren 2022 und 2023, die LG medial für Furore, letztere u.a. mit Klebeaktionen in Kunstmuseen und Straßenblockaden. Ins Leben gerufen wurde die LG im Jahr 2021, als eine Gruppe von Aktiven, darunter Jacob Heinze und Henning Jeschke, in einen Hungerstreik traten, um ein Gespräch mit den damaligen Kandidat*innen für die Kanzlerschaft und die Einberufung eines Bürger*innenrats während der Regierungszeit zu erwirken. Anfang 2024 ließ die Organisation verlauten, dass sie sich der Straßenblockaden von nun an nicht mehr als Protestmittel bedienen wolle, damit habe man nicht die gewünschten Resultate erzielt (vgl. Bauchmüller, 2024). Stattdessen werde man u.a. den politischen Weg über die Parlamente, zunächst den Einzug ins EU-Parlament, anvisieren. Ende 2024 / Anfang 2025 ließ die Organisation dann ihre inhaltliche und strategische Neuorientierung und ihre Umbenennung in „Neue Generation“ sowie die Gründung der neuen Gruppe „Widerstands-Kollektiv“ verlautbaren. Wie sich die Klimabewegung/en hierzulande und global weiterentwickeln, welche Programmatiken sie vertreten und welcher Aktionsformen sie sich bedienen werden, bleibt offen. Klar ist aber, dass ihr Anliegen auch in den nächsten Jahren nicht an Aktualität einbüßen wird.

3.3.5 Einordnung der jüngsten Bewegungen in die bestehende grüne Bewegungslandschaft

Bis zum Aufkommen der international agierenden Organisationen FFF, der LG und XR bildeten im Wesentlichen die Partei »Bündnis 90/Die Grünen« und namhafte NGOs, ins-

18 Dieses Kapitel der Bewegungsgeschichte kommt in den von mir erhobenen Daten nicht mehr vor.

besondere der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (kurz BUND) bzw. der Bund Naturschutz in Bayern (BN) und (international agierend) Greenpeace die Pfeiler der bundesdeutschen Klima- und Umweltbewegung (für einen Überblick vgl. auch Kössler, 2013). Die 1971 in Kanada gegründete internationale Organisation Greenpeace erregte in der Vergangenheit mit spektakulären direkten Aktionen wie der Versenkung der Brent Spa-Bohrinsel im Jahr 1995 Aufsehen. Dahingegen handelt es sich beim BUND um eine weniger offensiv vorgehende Umweltschutzorganisation, die in Bayern bereits 1913 entstand, und bei der sich – wie andernorts der Naturschutzbewegung im Gesamten attestiert (S. 139) – mit der Zeit ein programmatischer Wandel hin zur Integration von Umwelt- und Klimaschutzthemen vollzog.

Wie fügt sich FFF nun in diese gewachsene Organisations- und Bewegungslandschaft? Einschränkend ist dazu vorwegzuschicken: Eine auch nur annähernd abschließende Einordnung kann in diesem Rahmen nicht erfolgen, dennoch soll dieser Frage u.a. anhand der Einschätzungen von Bewegungsangehörigen explorativ nachgegangen werden.

Blicken wir auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede, so ist zunächst offenkundig, dass die Professionalisierung und Institutionalisierung der genannten länger bestehenden parteiichen und nicht parteiichen Organisationen gegenüber FFF stärker fortgeschritten ist, wovon z.B. zeugt, dass sie hauptamtliche Mitarbeiter*innen beschäftigen. Weiterhin unterscheiden sich die Organisationen in ihrer Altersstruktur, bei FFF weisen die Aktiven wie zuvor dargelegt ein verhältnismäßig niedriges Durchschnittsalter auf. Nun zu den subjektiven Einschätzungen des Verhältnisses seitens Bewegungsangehöriger, wie sie sowohl in meiner Studie als auch in einem vergleichenden Beitrag von Gentes, Löning und Trapp (2020) in Anschlag gebracht werden: In einem von den Autor*innen (2020, S. 169f.) geführten Interview mit einer BUND-Vorstehenden wird etwa kontrastiv herausgehoben, dass die Forderungen von FFF teilweise »zu radikal und unrealistisch« seien, bspw. die nach einer autofreien Stadt anstelle einer autofreien Innenstadt. Von der Repräsentantin wird damit also das Selbstbild einer erfahreneren und daraus resultierend pragmatischer operierenden Organisation gezeichnet. Von einer in meiner Studie interviewten Engagierten, die u.a. im bayerischen Bund Naturschutz (und seit den 1980er Jahren in zahlreichen Initiativen) aktiv war und ist, wird FFF gegenüber der früheren Umweltbewegungslandschaft¹⁹ affirmativ zugeschrieben, »politischer« zu sein (Int. 9, S. 14). Gerade der BUND setzt sich nach wie vor vergleichsweise stärker kleinteilig, naturschutzbezogen, lokal begrenzt und pragmatisch ein – was letzteres anbelangt lässt sich auch auf eine allgemein gezogene Unterscheidung zwischen radikaleren sozialen Bewegungen (wie FFF) und pragmatischeren NGOs (wie dem BUND) abstellen (Walk & Brunnengraber, 2000, zit.n. Gentes, Löning & Trapp, 2020, S. 176). Gegenüber der historischen und stärker historisch gewachsenen bundesrepublikanischen Umwelt- und Klimabewegung (siehe das Kap. 3.2, insbesondere den Abs. 3.2.5 für eine vergleichende

19 Und damit – so meine Schlussfolgerung – der historisch gewachsenen heutigen Umweltbewegungslandschaft: Diese Perspektiven vermischen sich hier, ich glaube aber man kann solche historisch vergleichenden Aussagen zumindest in Teilen auf den Vergleich zwischen FFF und der stärker historisch gewachsenen Umweltbewegungslandschaft, der z.B. der BUND bzw. BN zuzurechnen sind, übertragen.

Darstellung hinsichtlich inhaltlichen Schwerpunkten und Zukunftskonstruktionen) hat FFF mit der Eindämmung des Klimawandels einen globalen, äußerst umfassenden Fokus. Weiterhin weicht die Akzentuierung der Klimagerechtigkeit bei FFF offenkundig von dem gerade in den 2010er Jahren in diesem politischen Spektrum geläufigen Klimagerechtigkeits-Framing ab: Nicht nur die abstrakten zukünftigen Anderen oder die Betroffenen im Globalen Süden werden bemüht; die jugendlichen Akteur*innen verstehen sich darüber hinaus selbst als zukünftig Betroffene – es geht den Aktivist*innen im Kern also um die Einlösung des Generationenvertrags (vgl. auch Sommer & Haunss, 2020, S. 243f.). Hieraus mag auch die zugeschriebene besondere Autorität bzw. der Eindruck, dass die FFF-Klimabewegung »dominanter [...] und auch machtvoller« ist (siehe Int. 9, S. 14) erwachsen (vgl. auch den Interviewauszug mit einer Greenpeace-Campaignerin in Gentes, Löning & Trapp, 2020, S. 173).

3.3.6 Zusammenfassung: Gegenwärtige Umwelt- und Klimabewegungen mit Fokus auf Fridays for Future

In diesem Kapitel geriet insbesondere FFF als gegenwärtige Klimabewegung, der sich auch der Großteil der Studienteilnehmenden zugehörig fühlen, in den Blick. Neben konkreten Erfolgen wie z.B. dem wegweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist der Bewegung auch eine großflächige Konsensmobilisierung für Klimaschutz zuzuschreiben. Jenseits ihrer Erfolge steht außerdem fest, dass sie eine nicht zu unterschätzende Auswirkung auf die politische Sozialisierung vieler junger Menschen weltweit hatte. Genauer beleuchtet habe ich u.a., wie FFF entstanden ist und gerade zu Anfang medial rezipiert wurde, worauf sich die Bewegungsarbeit (in Deutschland) über die Zeit gerichtet hat, wodurch sich das demographische Profil und was die freitäglichen Schul- bzw. Klimastreiks als Protestmittel auszeichnet. Darüber hinaus war eine mögliche Einordnung von FFF in die etablierte Umweltbewegungslandschaft Gegenstand.